

BESCHLOSSENES PROTOKOLL ZUR 41. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 4. März 2013
Beginn: 16:45 Uhr
Ende: 21.45 Uhr
Ort: Wasser und Schifffahrtsamt / WSA Berlin
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokollantin: Claudia Schelp
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
Beschluss über die Tagesordnung
2. Mediationsvereinbarung:
Weiterarbeit am WIE = Gestaltung der weiteren Zusammenarbeit
3. Allfälliges, weiteres Vorgehen, nächste Termine
4. Was gibt es Neues?
 - 4.1. Stand der Dinge bzgl. Pilotstrecke 370 m
 - 4.2. Salonschifffahrt
 - 4.3. Benehmensefahrt
5. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Beschluss über die Tagesordnung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen zur 41. Forumssitzung. Für diese Sitzung entschuldigt hatten sich: Herr Bärthel und Herr Hildebrand, Herr Dohna, Herr Hess, Herr Trehkopf und Frau Weigelt-Pilhofer.

Zur Tagesordnung: Frau Kleimeier bat darum, Aktuelles zur Pilotstecke zu erfahren. Herr Appel verwies auf eine neue Verordnung zur Salonschifffahrt, die durch die Presse gegangen sei und zu der Informationsbedarf bestehe. Beide Punkte wurden unter „Was gibt es Neues?“ in die Tagesordnung aufgenommen. Mit dieser Ergänzung wurde die Tagesordnung beschlossen.

2. Mediationsvereinbarung:

Weiterarbeit am WIE = Gestaltung der weiteren Zusammenarbeit

Frau Voskamp fasste kurz zusammen, was im Forum bereits zu dieser Thematik erarbeitet wurde. Alle Forumsteilnehmer/innen waren gebeten worden, sich auf die heutige Forumssitzung dergestalt vorzubereiten, dass sie **Vorschläge** einbringen sollten, wie die einzelnen Elemente der weiteren Zusammenarbeit ausgestaltet werden könnten und wie entsprechende Formulierungsvorschläge für die Mediationsvereinbarung lauten könnten.

Frau Bodenmeier erläuterte, dass sie in einer PP-Datei zusammengestellt habe, was es bisher an **Routinen und Vorgehensweisen** gebe. Die Datei sei vor der Sitzung allen Beteiligten übersandt worden. Diese Version sei aufgrund eines Hinweises von Seiten der Schifffahrtsvertreter ergänzt worden durch eine weitere Folie zum Thema Schifffahrt. Sie sagte zu, die ergänzte PP-Datei über die Mediatoren zur Verfügung zu stellen. Ziel der Zusammenstellung sei es, einen Beitrag zu leisten für die Mediationsvereinbarung. Herr Scholz erläuterte die einzelnen Inhalte anhand der ausgedruckten Folien-Plakate:

- **Standards** für den Landwehrkanal seien inzwischen auch für andere Wasserstraßen übernommen worden, wie z.B. der „bestmögliche Baumschutz“ oder das Vorgehen bei „Gefahr in Verzug“.
- **Vorhaben Dritter** seien in zwei Gruppen zu unterteilen:
 - Vorhaben Dritter, die das WSA betreffen,
 - Vorhaben Dritter, die das WSA nicht betreffen.

Herr Scholz erinnerte an die letzte Sitzung, in der u.a. Herr Joswig gesagt habe, dass der jeweilige Vorhabenträger (z.B. Bezirke, BWB, Senat) verantwortlich sei für Information, Einladung, Protokollführung u.a.m.

Herr Appel erklärte am Beispiel des nördlichen Bereichs des Urbanhafens, dass aus seiner Sicht das WSA sehr wohl zuständig sei und dass es wichtig sei, über die jeweilige Vorgehensweise und die Maßnahmen Einvernehmen herzustellen. Herr Scholz erklärte, dass sobald ein Vorhaben die Wasserwirtschaft betreffe, das WSA mit im Boot und mit zuständig sei.

- **Das WNA** – als zuständige Instanz für die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen am Landwehrkanal –, welches selbst bisher nicht Forumsteilnehmer sei, werde sich an die hier im Forum getroffenen Vereinbarungen halten, erklärte Herr Scholz. Er sei beauftragt, dem Forum dies mitzuteilen. Einige Teilnehmer/innen erinnerten daran, dass es den Wunsch gegeben habe, dass ein Vertreter des WNA in das Forum komme. Herr Scholz erklärte, dass dies nicht möglich sei, er jedoch das Mandat vom WNA habe, die Inhalte der Mediationsvereinbarung auszuhandeln. Er sagte zu, dass das WNA an der noch genau zu definierenden Kommunikationsplattform künftig teil-

nehmen werde.

Herr Scholz zeigte und erläuterte eine weitere PP-Präsentation.¹

Er informierte die Teilnehmer/innen darüber, dass **die WSD** in Kürze Näheres zum Thema **Planfeststellung** bekannt geben werde. Sie hätten diese Aufgabe als To-Do mitgenommen. Momentaner Stand sei – wie auch bereits mehrfach kommuniziert –, dass es aufgrund der Änderung von Zwei- auf Einrichtungsverkehr ein Planfeststellungserfordernis geben werde – wenn auch nur für einzelne Abschnitte. Ein weiterer Aspekt, der eine Planfeststellung bedinge, sei die Umgestaltung der Wasserstraße, ergänzte Herr Dohms. Beide baten darum, konkrete Aussagen von Seiten der WSD-Ost abzuwarten.

Herr Scholz stellte anhand der PP-Präsentation den geplanten Projektablauf dar. Er erklärte für die Öffentlichkeitsarbeit von WSA und WNA in Sachen Landwehrkanal das Mandat zu haben.

Die Mediatoren bedankten sich für den Input und kamen zurück zur eingangs gestellten Frage, welche konkreten Vorschläge es aus dem Forum gebe für die Ausgestaltung der künftigen Zusammenarbeit und welche Textvorschläge es für die Mediationsvereinbarung dazu gebe.

Vorschläge von Frau Kleimeier:

- **Für Vorwort oder Präambel:**

Der konsensuale Beschluss zur Planung mit Entwurf-HU 2012 ist das Ergebnis der Zusammenarbeit der beteiligten Gruppen im Mediationsforum. Dazu erklären alle Unterzeichner, dass sie die in dem Entwurf-HU 2012 genannten Ziele und Grundlagen bis zur Fertigstellung einhalten und tatkräftig unterstützen werden.

- **Beschreibung des Mediationsforums:**

Im Mediationsforum waren versammelt: Kompetenz und Qualität, Fachwissen und Interessenvertretungen, Transparenz und Öffentlichkeit, Hohes Engagement und Kommunikation, Bereitschaft zum Lernen aus im laufenden Verfahren auftretenden Fehlern, Wille zum zukünftigen Vermeiden solcher Fehler mit der Bereitschaft zum Verzeihen, Mut zu neuen Wegen und Investitionsbereitschaft (Behörden und Verbände mit bezahlten Arbeitskräften, Bürger mit ehrenamtlicher Tätigkeit).

- Die Erfahrung – inklusive der letzten Forumssitzung vom 25.02.2013 – habe aus ihrer Sicht gezeigt, dass das Projekt trotz des Erfolgs ein fragiles, wenn nicht gar labiles Gebilde sei. Auch vermute sie machtvollen Interessen im Hintergrund, die an einem Scheitern großes Interesse haben könnten.

Wichtig sei daher, im Hinblick auf **Verbindlichkeit, Verantwortung und Kommunikation** aufzunehmen:

Für die Dauer der Planungs- und Ausführungszeit – gem. HU-2012 Finanzierungsplan 10 Jahre – vor allem die beteiligten Behörden die Sonderstellung der Sanierung des Landwehrkanals innerhalb ihrer Ämter verbindlich behandeln werden. Desgleichen wird die Kommunikation nach außen weitreichend erleichtert. (Frau Kleimeier: Bitte erläutern!)

- **Arbeitstitel: „Sanierungsgebiet Landwehrkanal“**

Auch wenn es sich hier um kein Sanierungsgebiet nach Bundesbaugesetz handelt, sei es in vielen Punkten vergleichbar, zudem sei dies ein insbesondere für die Bezirks- und Landesbehörden feststehender und eingeführter Begriff.

- *Der weitere Erfolg solle zukünftig gesichert werden durch eine „Integrierte Sanie-*

¹ Die Präsentation des WSA zur 41. Forumssitzung wurde auf der Internetseite des Verfahrens www.landwehrkanal-berlin.de unter Materialien und Texte eingestellt.

„rung des Landwehrkanals“.

- **Zentrales Gremium:**

Dazu bedarf es weiterhin eines zentralen Bindeglieds zwischen allen Beteiligten. Dieses Gremium wird eine erfolgreiche Projektdurchführung unterstützen.

Die Bezeichnung könnte lauten:

„Kompetenzgruppe Sanierung Landwehrkanal“

„Integrationsgruppe Sanierung Landwehrkanal“

„Beirat Sanierung Landwehrkanal“

„Begleitgruppe Sanierung Landwehrkanal“

Aufgaben, Arbeitsweise, Zusammensetzung, Finanzierung:

In dieses Gremium werden zukünftig eingebracht:

Laufende Informationen zur Projektabwicklung

Hinweise zur Notwendigkeit rechtzeitigen Herbeiführens von Entscheidungen

Fortschreiben der Sanierungsziele (Planungsziele)

und Lösung von Zielkonflikten.

Bei Bedarf steht dem Gremium fachkompetente Beihilfe von außen zu; die Kostenübernahme erfolgt durch das BMVBS.

- **Vorschläge für weitere Gremien** folgten, insbesondere die **Einrichtung einer „Kerngruppe“:**

Als flexibles und strategisches Gremium wird eine Kerngruppe installiert.

Sie hat die Möglichkeit terminlich, thematisch und personell flexibel zu agieren.

Hier werden Informationen des „täglichen Bedarfs“/ „Alltagsgeschäfts“ ausgetauscht und relevante Entscheidungen vorbereitet.

- Aufnahme eines noch konkret auszuformulierenden **Textes für Ausschreibungen** von Baumaßnahmen:

Die Firmen werden bereits bei den Ausschreibungen darauf hingewiesen, dass sie Teil des Verfahrens werden und dass erwartet wird, dass sie dem Verfahren gegenüber aufgeschlossen sind und zur Transparenz freundlich mitwirken werden.

Die Mediatoren bedankten sich bei Frau Kleimeier für ihre sehr konkreten Vorschläge.

Verständnisfragen und Diskurs dazu:

Herr Scholz erkundigte sich danach, wer aus ihrer Sicht ein Interesse an einem Scheitern des Projektes haben könnte. Frau Kleimeier nannte verschiedene Gruppen: bspw. politische Kreise oder auch Baufirmen, die jeweils Machtverluste befürchteten. Das Verfahren habe nicht nur Freunde. Herr Scholz räumte ein, dass in der Vergangenheit möglicherweise entgegenstehende Interesse von Baufirmen gegeben haben könne, als es um den Einsatz des Crush-Pilers ging. Er versicherte, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WSV zu dem Verfahren stünden.

Herr Appel erläuterte, welche Gedanken sie sich zwischenzeitlich zum Thema Verbindlichkeit der Mediationsvereinbarung gemacht hätten. Es gebe eine große Unsicherheit über die tatsächliche Verbindlichkeit, die bis hin zu Unzufriedenheiten führe. Befürchtet werde ein Rückfall in alte Zeiten. Daher reiche aus seiner Sicht der Appell an die Selbstverpflichtung aller Beteiligten nicht aus. Herr Kessen erläuterte, dass die Selbstverpflichtung, wie sie in der letzten Sitzung formuliert worden sei, sich auf Maßnahmen am Kanal bezogen habe. Die

Rechtsverbindlichkeit von Mediationsvereinbarungen werde bestimmt durch die Art der jeweiligen Vereinbarung – das Spektrum reiche dabei von einer mündlichen Zusage bis hin zu einem notariell beurkundeten Vertrag – je nach dem, was für die jeweils Beteiligten wichtig sei. Im Mediationsverfahren zum „Gasteiner Tal“ sei bspw. vertraglich vereinbart worden, dass für den Fall, dass es zu Veränderungen bei den Umsetzungen kommen sollte und diese zu Streitigkeiten führten, wieder eine Mediation stattfinden und das Mediationsforum wieder einberufen werden sollte. Die Mediationsvereinbarung werde auf der Basis der Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten geschlossen und daher rühre auch ihre Stabilität. Je besser es den Beteiligten gelänge, gute Formulierungen für die Vereinbarung zu finden, desto besser und sicherer würden sie sich damit fühlen, prognostizierte er.

Herr Scholz erklärte, dies zu unterstützen. Auf Basis der Ergebnisse und der Zusammenarbeit in der Mediation sei er guter Hoffnung, dass man auch künftig im Konsens bleiben könne. Vor allem er werde als Person weiterhin das WSA vertreten und damit Ansprechpartner für die Beteiligten bleiben. Die WSV wünsche sich eine konsensuale Mediationsvereinbarung. Herr Appel erklärte, er habe neben der WSV auch andere Beteiligte im Blick. Sollte ein notariell beurkundeter Vertrag bspw. gebrochen werden und es würde erforderlich, juristische Schritte einzuleiten, werde sich daraus womöglich ein Rechtsstreit entwickeln, der Geld koste, das die BI / der Verein BaL nicht habe. Herr Kittelmann wies darauf hin, dass bei einer notariellen Vereinbarung viel mehr Beteiligte einbezogen werden müssten als heute hier am Tisch säßen, bspw. die Rechtsabteilungen der einzelnen Bezirksämter. Er befürchte, dass der Zeitplan damit nicht zu halten sein werde. Herr Appel erklärte, sich vorzubehalten, den Vertrag rechtlich prüfen zu lassen. Herr Kessen erinnerte daran, dass zum HU-Entwurf eine Vereinbarung im Geiste der Mediation getroffen worden sei – auch ohne rechtliche Beratung. Herr Lingenauer führte fort, dass, je höher die Vereinbarung in Bezug auf rechtliche Verbindlichkeit gehängt würde, ein Abschluss umso mehr Zeit brauchen werde. Er erkundigte sich danach, ob es sich bei der Vereinbarung in Bezug auf Organisatorisches um etwas wie einen „Letter Of Intent“ handeln würde. Mit der Einigung über die HU sehe er die Mediationsvereinbarung auf der inhaltlichen Ebene als festgelegt an – und über dieses Ergebnis sei er froh. Er halte den Entwurf der Mediatoren für die Mediationsvereinbarung auf der inhaltlichen Ebene für eine sehr gute Grundlage. Was die Zeitressourcen angehe, seien die Vertreter/innen des Denkmalschutzes außerstande, die bisherige Intensität weiter aufrecht zu halten. Für künftige Abläufe der Planung und Umsetzung seien sie als Behördenvertreter etwas gelassener, da sie ohnehin beteiligt werden müssten. Er könne nachvollziehen, dass die Bürger/innen der Vereinbarung deshalb so große Bedeutung bemessen würden, weil ihre Beteiligung durch die üblichen Verfahrensabläufe nicht gesichert sei.

Die Mediatoren erklärten wahrzunehmen, dass viele Forumsteilnehmer/innen das Thema Rechtsverbindlichkeit eher so handhaben wollten, dass es nicht zu einer notariellen Beurkundung und der damit einhergehenden Ausweitung der Vertragspartner kommen solle. Dagegen kann durch die Vereinbarung geregelt werden, dass bei zukünftigen Streitigkeiten und Konflikten eine Lösung durch die bewährte Form der Zusammenarbeit in der Mediation gesucht werden solle.

Auch die wunderbarste Vereinbarung müsse einen **Praxistest** durchlaufen, um sicherzustellen, dass sie funktioniere, erklärte Herr Appel. Das sei ihm wichtig, damit hinterher gesagt werden könne, „das war ein Verfahren mit Bürgerbeteiligung“. Er verwies darauf, dass noch viele **ökologische Themen** offen seien oder noch nicht besprochen oder eine Besprechung zugesagt und noch nicht durchgeführt. Als Beispiel nannte er den Scoping-Termin. Er befürchte, dass er aus Kostengründen entfallen könnte.

Die Mediatoren verwiesen auf die Interessensammlung aus der 39. Forumssitzung², in der viele der genannten Punkte bereits als Interessen aufgenommen worden seien, bspw. was wichtig sei bei Veränderungen und auftretenden Konfliktsituationen.

² Das Fotoprotokoll zur 39. Forumssitzung ist auf der Internetseite des Verfahrens www.landwehrkanal-berlin.de unter Materialien und Texte eingestellt.

Herr Scholz betonte erneut, dass die WSV sich an die HU und die Zusagen im Mediationsforum halten wolle und nicht an negativer Presse, für die es aktuell hinreichend andere Beispiele von Bau- und Planungsprojekten gebe, interessiert sei.

Die Mediatoren erinnerten daran, dass es jetzt darum gehen müsse, die einzelnen Aspekte und Elemente derart zu beschreiben, dass sie daraus einen ersten **Textentwurf zum WIE** erstellen könnten. Da es keine weiteren vorbereiteten Vorschläge aus dem Forum gab, wurden im Verlaufe des Diskurses folgende Punkte gesammelt:

- Es solle eine **Nachfolgeorganisation für das Forum** geben.
- Diese Nachfolgeorganisation des Forums solle **regelmäßig** zusammenkommen, bspw. zweimal jährlich, analog zur Schifffahrtssaison, d.h. etwa um Ostern und im November, alternativ jeweils zu Jahresbeginn – um einen Überblick zu erlangen über die Verteilung der jeweiligen jährlich zur Verfügung stehenden Gelder auf die einzelnen Maßnahmen.
- Die Nachfolgeorganisation des Forums solle aus den **Beteiligten des jetzigen Forums** bestehen, jedoch nicht personengebunden, sondern es sollten Institutionen, Gruppen und Organisationen festgelegt werden.
- Es wird für **eine Art Handbuch** plädiert, welches neu hinzukommenden Personen aus den beteiligten Organisationen einen raschen Überblick über das inhaltlich Erarbeitete und Erreichte (das WAS) sowie über die Art und Weise der Zusammenarbeit (das WIE) verschaffen könne.
- **Zusätzlich** zur Nachfolgeorganisation des Forums solle es eine „**Kerngruppe**“ geben, die das „alltägliche Geschäft“ begleite. Diese Gruppe könnte regelmäßig zusammenkommen, denkbar sei auch ein eher unregelmäßig einzuberufender Jour fixe. Die Termine könnten in der Gruppe durch die Gruppenmitglieder abgestimmt werden.
- Die Kerngruppe müsse noch hinsichtlich ihrer **Kompetenz definiert** werden: Einige Teilnehmer/innen wünschten sich für diese Gruppe eine hohe Entscheidungskompetenz, mit dem Ziel, die Nachfolgeorganisation des Forums zu entlasten. Viele Teilnehmer/innen sprachen sich dafür aus, dass die Kompetenz zur Entscheidung über die nächsten Schritte (das WIE) bei dieser Gruppe liegen sollte.
- **Wann tritt die Nachfolgeorganisation des Forums außerplanmäßig zusammen?** Herr Deitmar schlug vor, dass **jeder**, sobald er zwei weitere Gruppen, Institutionen oder Organisationen dafür gewinnen kann, das „Forum“ einberufen könne. Die „**Kerngruppe**“ solle auch das „Forum“ einberufen können. Ansonsten kläre sie intern, wie sie mit einem Problem umgeht.
- Diese „Kerngruppe“ soll bei Bedarf **fachliche Unterstützung** bekommen, falls die Themen dies notwendig machen, bspw. die / den Denkmalarchitekt/in/en und einen von den Beteiligten akzeptierten Baumsachverständigen.
- Die **Zusammensetzung der „Kerngruppe“** müsse noch festgelegt werden; auf jeden Fall soll es eine kleine, schlagkräftige Gruppe sein. Herr Panhoff wies darauf hin, dass die Beteiligten dann auch gut vorbereitet zu einem solchen Treffen gehen sollten.
- Es wurde die Idee formuliert, die Kosten für die verschiedenen Formate über die **Baunebenkosten** zu decken. Da die Verwaltung so viel über Partizipation spreche, z.B. im Handbuch für Bürgerbeteiligung des BMVBS, müsse dafür auch Geld bereitgestellt werden. Herr Scholz hatte erklärt, dass in den Baunebenkosten Mittel für Arbeitssitzungen enthalten seien, allerdings ohne externe Begleitung bzw. Moderation.
- Es soll **eine „gläserne Plattform“** geben – in Anlehnung an die Idee des Gläsernen Büros –, auf der Informationen bereitgestellt werden können. Diese soll dazu dienen,

die notwendige Transparenz zu gewährleisten. Die Mediatoren wiesen darauf hin, dass die Seite www.landwehrkanal-berlin.de ggf. auch weiter genutzt werden könnte. Es sei jemand zu bestimmen, der diese Plattform pflege und sich redaktionell kümmern werde.

- Herr Scholz bot an, **einen Newsletter** zu erstellen und zu verteilen und erklärte sich bereit, auch Informationen von anderen Institutionen mit aufzunehmen.
- Der **Raum 1024 im WSA** werde für Sitzungen auch künftig zur Verfügung gestellt (mit Getränken wie Wasser und Kaffee) werden können.
- Zu definieren sei noch, wer etwaige **Abweichungen bzw. Veränderungen feststelle**: Liegt das in der Verantwortung des WSA / WNA oder muss jeder selbst aktiv werden? Die Mediatoren wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sie bisher auch darauf angewiesen waren, dass ihnen Informationen zur Verfügung gestellt worden seien.
- Im Hinblick auf die sich abzeichnende Ressourcenentwicklung der Behörden im Land Berlin, schlug Herr Panhoff vor, dass die an einer Sitzung zu Beteiligten **entsprechend der jeweils anstehenden und zu besprechenden Themen eingeladen werden** sollten. Wenn ein zu besprechendes Thema bspw. nur einen Bezirk betreffe, sei es nicht notwendig, dass alle fünf Bezirke vertreten seien.
- Herr Lingenauber wies darauf hin, dass ein **regelmäßiges Monitoring** der Maßnahmen wichtig sei. Dies könne dann bspw. in den Sitzungen der Nachfolgeorganisation des Forums präsentiert werden.

Herr Grondke erklärte, dass ihm das Gesagte alles zu imaginär sei und er keinen Regelungsbedarf sehe. Das WNA sei als Ausführer in der Pflicht zu informieren und einzuladen. Die Verantwortung sähe er ganz beim Eigentümer und beim Durchführenden der Sanierung.

Herr Appel wies auf die Gefahr hin, dass bei einer ungebündelten **Informationsflut** per Email möglicherweise die eine wichtige Email mit der gravierenden Veränderung untergehen könnte, und plädierte für eine **unabhängige Begleitung des Projekts**, die beurteilen könne, ob und welche Interessen der Beteiligten tangiert seien.

Herr Dohms erklärte, dass sie durch die HU klare Vorgaben hätten, was gebaut werden solle. Daher halte er die befürchtete Informationsflut für unwahrscheinlich. Er verwies auf die Folie der PP-Präsentation von Herrn Scholz, in der die Etappen des Bauablaufs dargestellt seien. Analog zur **Struktur des Bauablaufs** könnten aus seiner Sicht die Treffen sinnvoll getaktet werden.

Herr Appel wies noch einmal darauf hin, dass sie eine **Sicherheit** auch über einen längeren Zeitraum bräuchten. Die Baumarbeiten seien in Treptow-Köpenick diesmal vorbildlich gelaufen: die Information sei über das WSA an den Baumsachverständigen gelangt, der daraufhin die betreffenden Bäume begutachtet habe. Sie hätten jedoch nicht die Sicherheit, dass das zukünftig und auch von den anderen Bezirken so gehandhabt werde. Darüber hinaus gebe es noch diverse **Themen**, die nicht abschließend oder noch nicht ausreichend besprochen worden seien, wie z.B. die ökologischen Maßnahmen, das Scoping, die mögliche Anbindung der Tiergartengewässer u.a.m. Das mache es aus seiner Sicht notwendig, die **partizipative Planung** aufrecht zu erhalten. Ziel sei eine in positivem Sinne ausstrahlende Wirkung mit Modellfunktion und ein Umsetzungsprozess mit begleitender Beteiligung.

Mehrere Teilnehmer/innen äußerten ihre Sorge, dass die Übernahme der Projektkommunikation einschließlich Newsletter-Erstellung allein durch den Amtsleiter des WSA, Herrn Scholz, tatsächlich leistbar sei. Herr Scholz erklärte, dass ihm ein kleines Team aus zwei bis drei Personen unterstützend zur Seite stünde, und er verwies darauf, dass der Amtsleiter des WNA, Herr Dietrich, sehr eloquent und kompetent sei, auch in Bezug auf die Nutzungen neuer medialer Möglichkeiten wie bspw. Facebook und Twitter.

Auf Nachfrage aus dem Forum erläuterten die Mediatoren, dass sie über den Verfahrensabschluss hinaus nicht weiter beauftragt seien und auch noch keine Signale in diese Richtung empfangen hätten. Gleichwohl stünden sie bei Bedarf gern unterstützend bereit.

Mehrere Teilnehmer/innen wiesen darauf hin, dass Ihnen Kontinuität in der Arbeit wichtig sei und man daher auch Hilfe von außen gebraucht werde, bspw. eine Moderation, jemand, der moderiert, der einlädt und Protokoll schreibt. Sie plädierten dafür, hierfür auf das **bewährte Mediationsteam** zurückgreifen zu können. Frau Kleimeier betonte, dass das Forum mithilfe der Mediatoren zu sehr guten Ergebnissen gekommen sei. Herr Scholz sah zunächst keinen Bedarf für Mediation, vielmehr gehe er davon aus, dass ein Fortgang ohne Dissens möglich sein werde. Falls es jedoch einmal zum Konflikt kommen sollte, der externe Unterstützung erforderlich mache, würden sie auf diese wieder zurückgreifen. Herr Appel ergänzte, dass aus seiner Sicht dann das bewährte Team beauftragt werden und die Leistung nicht erst ausgeschrieben werden sollte. Herr Scholz erklärte, dass nach Abschluss der Mediationsvereinbarung die Vertragsverhältnisse mit externen Dienstleistern beendet werde, unabhängig von der guten Arbeit, die sie geleistet hätten. Im Fall eines neuen Bedarfes kann gegebenenfalls eine neue Moderation bzw. Mediation beauftragt werden. In Ausnahme- oder Einzelfällen könnte auf bewährte, wissende Personen zurückgegriffen werden, üblicherweise würden derartige Leistungen jedoch öffentlich ausgeschrieben.

stellte er in Aussicht. Hinsichtlich seines Gedankens, dass es manchmal auch gut sei, Neues auszuprobieren, erinnerten einige Teilnehmer/innen daran, dass sie diesbezüglich unter den personellen Wechsels und Veränderungen in der WSV im Verfahrensverlauf sehr gelitten hätten – jedes Mal sei viel Zeit für die Einarbeitung benötigt worden.

Um zu prüfen, ob alle Elemente und Abläufe mit den genannten Elementen und Vorgehensweisen erfasst sind und die angedachten Abläufe einem **Praxistest** standhielten, schilderte Herr Kessen ein Beispiel, anhand dessen man die einzelnen **Schritte durchspielen** könne:

Mal angenommen, bei der Baudurchführung liefe etwas richtig schief, bspw. die Steinschüttung rutschte und Bäume müssten gefällt werden. Eine Anwohnerin beobachtet das. Was wären die nächsten Schritte?

Aus Sicht von Herrn Scholz müsste die Anwohnerin ihn anrufen. Frau Kleimeier erklärte, dass sie versuchen würde, einen Termin mit Herrn Scholz zu vereinbaren und dass sie die anderen beteiligten Bürger/innen darüber informieren würde. Herr Scholz würde als nächstes das WNA anrufen und sich den Sachverhalt bestätigen lassen. Anschließend würde er eine Sitzung mit der Nachfolgeorganisation des Forums anberaumen.

Herr Kessen fragte nach, ob das so gewünscht sei, dass Herr Scholz die Entscheidung darüber treffe, welches Gremium einberufen bzw. welche Gruppe einbezogen werde.

Herr Scholz bekräftigte, dass bei so einem krassen Fall aus seiner Sicht auf jeden Fall die große Gruppe einberufen werden müsste.

Auf die Nachfrage, was passiere, wenn das WNA das Ereignis für nicht so relevant halten würde, erklärte Herr Scholz, dass unabhängig davon, ob das WNA das wolle oder nicht, eine Sitzung einberufen würde.

Herr Panhoff wies darauf hin, dass das auch personenunabhängig funktionieren müsse, also auch dann, wenn Herr Scholz bspw. im Urlaub sei.

Mal angenommen, ergänzte Herr Panhoff als weiteres Beispiel, dass die zum jeweiligen Jahresbeginn kommunizierte Prioritätensetzung bei der Durchführung der Sanierung sich ändere. Dann müsse aus seiner Sicht die kleine Gruppe („Kerngruppe“) einberufen werden. Sollte das Thema dort nicht geklärt werden können, müsse eine Sitzung der großen Gruppe („Forumsnachfolgegremium“) einberufen werden. Dies würde bspw. auch für den Fall gelten, dass eine geplante Maßnahme – aus welchen Gründen auch immer – nicht durchgeführt werden könne, weil bspw. eine Ausschreibung kein Ergebnis gebracht hätte oder weil eine Firma insolvent werde.

Mal angenommen, an Bezirksbäumen – bspw. in Neukölln – müsste eine Kronenkapung durchgeführt werden, brachte Herr Kittelmann als weiteres Beispiel ein. Wer müsste in diesem Falle angerufen oder informiert werden? Herr Scholz erklärte, dass dies dann ein Projekt des Bezirks wäre, für das nicht er / das WSA verantwortlich wäre. Der Bezirk müsste selbst informieren.

Herr Kessen erkundigte sich, ob es dann bspw. einen Miniverteiler – für die „Kerngruppe“ – geben sollte, über den der Bezirk die Information weitertragen und einbringen könnte. Herr Kittelmann gab zu bedenken, dass der Aufwand für Einladungen beispielsweise, der bisher beim Mediationsteam gelegen habe, nicht zu unterschätzen sei, und befürchtete, dass dieser von den Bezirken kaum werden geleistet werden können.

Frau Voskamp fasste die Diskussion dergestalt zusammen, dass die von vielen Beteiligten gewünschte „kommunikative Klammer“ hilfreich wäre, d.h. eine Person oder Stelle, die Informationen aufnehmen, sammeln und weiterleiten würde. Herr Kessen erklärte, dass in diesem zuletzt genannten Beispiel der Bezirk den Geist der Mediation weitertragen wolle – jedoch nicht wisse, wie das geleistet werden kann.

Herr Panhoff ergänzte, dass er zudem wichtig fände, genau zu definieren, **was denn „der Landwehrkanal“ sei**. Dies sei bedeutsam dafür, in Zukunft entscheiden zu können, ob und welche Maßnahmen denn „den Landwehrkanal“ – und damit die Forumsnachfolge betreffen würden. Es gehe dabei nämlich nicht nur um das Bauwerk, sondern auch um den Landschaftsraum. Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg seien sie bspw. gerade dabei, diesen Rahmen für sich zu klären.

Herr Scholz bot an, dass die Bezirke die „gläserne Plattform“, den Newsletter und auch die gemeinsamen Sitzungen des Forumsnachfolgegremiums **mitnutzen** könnten. Zusätzlich werde jede beteiligte Institution, Organisation oder Gruppe auch die Möglichkeit haben, eine **eigene** Veranstaltung anzubereiten und durchzuführen. Er / das WSA könne nicht die Verantwortung für die Themen der anderen übernehmen.

Die Mediatoren stellten abschließend klar, dass es ihnen nicht darum gehe, mit weiterführenden Leistungen beauftragt zu werden, sondern mit solchen Nachfragen ihrer Mitverantwortung gerecht zu werden, indem sie dadurch die Beteiligten dabei unterstützen wollten, für sich **akzeptable, umsetzbare und tragfähige Lösungen** zu finden.

3. Allfälliges, weiteres Vorgehen, nächste Termine

Die Beteiligten vereinbarten folgende nächste Termine:

- **Arbeitsgruppen-/Redaktionssitzungen** insbesondere zur Weiterarbeit an den Formulierungen für die Mediationsvereinbarung:
 - 18.3.2013, voraussichtlich 14:00 – 17:30 Uhr,
 - 8.4.2013, voraussichtlich 16:30 - 20:00 Uhr
- **42. Forumssitzung**
 - am 15.4.2013, 16:30 – 21:30 Uhr.

4. Was gibt es Neues?

4.1. Stand der Dinge bzgl. „Pilotstrecke 370 m“

Herr Scholz und Herr Dohms berichteten, dass die Arbeiten zur „Pilotstrecke 370 m“ wie zugesagt voranschreiten und dass die Arbeitsgruppe Landwehrkanal im WSA gerade die Ausschreibung vorbereite. Hierzu sei geplant, eine **gesonderte Sitzung** – voraussichtlich im April 2013 – einzuberufen. Herr Röske bearbeite dies derzeit, da Herr Heier mit zwei Klagever-

fahren zum Corneliusufer und zum Maybachufer beschäftigt sei.

Herr Lingenauber drängte darauf, dass diese Baumaßnahme sorgfältig dokumentiert werde. Er erinnerte an die **Dokumentationspflicht** hinsichtlich des Umgangs mit dem Denkmal. Hierzu seien auch Fotos hilfreich, insbesondere von unterhalb der Wasserlinie, da diese Bereiche sonst nicht sichtbar seien.

4.2. Salonschiffahrt

Herr Appel berichtete, dass es eine neue Verordnung gebe, die die Salonschiffahrt betreffe. Sie beinhalte aus seiner Sicht, dass Salonschiffe dort nicht mehr fahren dürften, wo große Reedereien fahren. Dies laufe dem Interesse entgegen, auf dem Landwehrkanal mehr Vielfalt, auch alternative Schiffahrt wie z.B. Solarboote, zu unterstützen. Zwar sei der Landwehrkanal nicht explizit genannt worden, jedoch werde eine Tendenz darin deutlich. Aus seiner Sicht handle es sich um eine Lobbyisten-Verordnung. Frau Bodenmeier informierte, dass diese Verordnung 2012 herausgekommen sei und seit 2013 gelte. Herr Scholz erläuterte, dass es sich bei Salonschiffen um Schiffe handle, die man mit Schiffsführer mieten könne. Bisher seien diese Schiffe größer gewesen und hätten einen größeren Tiefgang gehabt. Der Gesetzgeber habe versucht, diesen Unterschied zu „heilen“, damit die Standards, inkl. der Sicherheitsstandards, für alle Schiffe gleich seien. Es gäbe die Möglichkeit, einen Antrag auf Sondergenehmigung zu stellen, für solche Bereiche, in denen nicht so viele Schiffe verkehren würden. Frau Fortwengel ergänzte, da es sich nicht um ein Gesetz, sondern um eine Verordnung handle, könne man auch nicht dagegen klagen. Daraufhin machte Herr Scholz auf die Möglichkeit aufmerksam, dass man bei Ablehnung eines Antrags auf Sondergenehmigung gegen diese durchaus klagen könne.

Frau Bodenmeier sagte zu, über die Mediatoren einen **Link zum Verordnungstext** zu verschicken.

4.3. Benehmenschiffahrt

Herr Appel wies darauf hin, dass die alljährliche Benehmenschiffahrt wohl bereits in „Einvernehmensbereisung“ umbenannt worden sei. Ihm sei wichtig, dass die Fahrt dafür genutzt werde, die jeweils geplanten Maßnahmen **während** der Fahrt an Ort und Stelle zu erläutern – und nicht erst **nach** der Bereisung. Herr Scholz erklärte, dass dies normalerweise eine bilaterale Veranstaltung von WSA und Bezirken sei, er sei aber gern bereit, sie zu öffnen für Bürgervertreter/innen.

5. Verabschiedung

Die Mediatoren schlossen um 21:45 Uhr die Sitzung und wünschten allen einen schönen Abend.